

Eichenberger

Zurück an
den Absender!

Die Energiestrategie 2050 ist ein Verpackungswunder. Noch selten kaschierten so schöne Worthülsen so viel plangläubigen, wohlstandsfeindlichen und umweltbelastenden Subventionsunsinn.

Bekanntlich ist die weltweite Entwicklung im Energiebereich bis 2050 mit allergrösster Unsicherheit behaftet. Der technische Fortschritt bei der umweltverträglichen Gewinnung und Speicherung von Energie ist riesig. Bis 2050 werden die erneuerbaren den fossilen Energieträgern wirtschaftlich sowieso überlegen sein. Es ist aber noch völlig unklar, welche der vielen denkbaren Technologien sich durchsetzen werden. Bei solcher Unsicherheit bringt staatliche Planung keine Sicherheit und Wohlstand, sondern Fehlplanung. Wer heute plant und subventioniert, subventioniert entweder das, was sich sowieso durchsetzen würde, oder aber das falsche.

Der Klimawandel sowie auch die weltweite Energiewende kommen unabhängig von der Schweizer Energiestrategie. Da die Schweiz je 1 bis 1,5 Promille der Weltbevölkerung, der weltweiten Emissionen sowie des Energiemarkts ausmacht, retten auch noch so grosse Schweizer Subventionen für erneuerbare Energien und Gebäudeisolationen nicht die Welt, sondern gefährden nur den Wohlstand und die Umwelt in der Schweiz.

«Sie gefährden nur den Wohlstand und die Umwelt in der Schweiz»

Mit den Subventionen werden heute die besten Standorte für Energiegewinnung verbaut und Häuser isoliert – mit

Technologien, die schon bald völlig veraltet sein werden. Was heute «dank» Subventionen gebaut wird, kann in wenigen Jahren ohne Subventionen viel besser und billiger gebaut werden.

Schliesslich wird der Plan der Regierung, die Subventionen dereinst durch hohe Steuern für nicht erneuerbare Energieträger abzulösen, zum wirtschaftlichen Albtraum. Ein grosser Teil der Energieimporte und -exporte findet in Form der in Gütern und Dienstleistungen enthaltenen grauen Energie statt. Der internationale Wettbewerb würde massiv verzerrt, wenn die Importe nicht entsprechend ihrem Energieinhalt belastet und die Exporte entlastet würden. Die Abrechnung an der Landesgrenze bringt aber schreckliche Bürokratie und Handelshemmnisse.

Folglich sollte die Schweiz bei der Energiepolitik der internationalen Entwicklung nicht voraussehen, sondern diese – zu einem Bruchteil der Kosten der entgleisten Energiestrategie 2050 – mit klugen diplomatischen Massnahmen sowie Grundlagenforschung zu beschleunigen versuchen. Die Umwelt- und Energiepolitik sollte weg von globalen auf Schweizer Probleme ausgerichtet werden. Die gibt es vor allem im Verkehrsbereich. Da muss endlich Mobility Pricing durchgesetzt werden. Der Privatverkehr und der öffentliche Verkehr müssen die von ihnen verursachten 8 bis 10 Milliarden Franken externe Kosten in der Schweiz durch Umweltschäden, Lärm und Unfälle endlich selbst zahlen, und die heutigen rund 8 Milliarden Franken Subventionen für den öffentlichen Verkehr müssen gestrichen werden. Mit den dadurch freiwerdenden Mitteln könnten andere Steuern und Abgaben massiv gesenkt werden. So ginge es der Umwelt, der Bevölkerung und der Wirtschaft sehr viel besser.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema, Center for Research in Economics, Management and the Arts.

Die andere Sicht von Peter Schneider



Chinas Präsident Xi Jinping mit US-Präsident Donald Trump

Foto: Keystone

Wir hatten niemals die Absicht, eine Mauer zu errichten.

Wir hätten sie übrigens auch nicht bezahlt.

Aktionäre der Credit Suisse müssen Verantwortung wahrnehmen

Die Opposition gegen die überrissenen Vergütungen und die Wiederwahl von Präsident Urs Rohner sei angesichts des Milliardenverlustes von 2016 gerechtfertigt, findet **Peter Burkhardt**

An der Generalversammlung der Credit Suisse vom 28. April werden die Fetzen fliegen. Die Anlagestiftung Ethos, die 222 Schweizer Pensionskassen und Stiftungen vertritt, empfiehlt, die beantragten Millionenvergütungen für Verwaltungsrat und Konzernleitung abzulehnen, Präsident Urs Rohner und Vizepräsident Richard Thornburgh nicht wiederzuwählen, dem Verwaltungsrat die Entlastung zu verweigern und die beantragte Dividendenausschüttung zu blockieren.

Zuvor hatte schon der US-Stimmrechtsberater Glass Lewis die Ablehnung aller Vergütungsanträge und einen Wechsel im Ver-

Peter Burkhardt,
Wirtschaftschef



waltungsrat empfohlen. Noch unbekannt ist die Meinung des wichtigsten Stimmrechtsberaters ISS, dessen Empfehlungen schon oft zur Ablehnung von Verwaltungsratsanträgen führten.

Die neu erwachte Opposition im Aktionariat der Credit Suisse ist nachvollziehbar. Erstens ist angesichts eines Jahresverlusts von 2,7 Milliarden Franken und einer nach wie vor dünnen Kapitaldecke nicht einzusehen, wieso eine Dividende im Wert von 1,4 Milliarden und hohe Boni ausbezahlt werden sollen. Die Bank würde damit geschwächt. Zweitens häufen sich die grossen Rechtsfälle, die zu Milliardenbussen geführt haben. Im

vergangenen Jahr musste die Bank wegen des Vertriebs verlustbringender Finanzprodukte in den USA neue Rückstellungen von drei Milliarden Franken tätigen. Die Verantwortung dafür tragen Rohner und Thornburgh, die zum fraglichen Zeitpunkt vor der Finanzkrise hohe Managementposten im Unternehmen bekleideten.

Rohner hält sich – mit Ausnahme eines nichts sagenden Interviews in der «Weltwoche» – in der Öffentlichkeit seltsam zurück. Umso richtiger ist es darum, dass kritische Aktionäre ihre Stimme erheben. Sie sind schliesslich die Eigentümer der Bank – und nicht der Verwaltungsrat.

Tablets und Smartphones können nichts dafür

Wir sollten besser mal kurz den gesunden Menschenverstand einschalten, statt automatisch zu befolgen, was Fachleute zum Schutz der Kinder raten, findet **Denise Jeitiner**

Als wir Kinder waren, trichterten uns unsere Eltern ein, dass man von zu viel Fernsehschauen viereckige Pupillen bekommt. Heute sind wir erwachsen, und es sind Fachleute, die uns eintrichtern, dass wir die Bildschirmzeit von Kindern unbedingt begrenzen sollten: Sechs- bis Neunjährige etwa sollten täglich maximal 45 Minuten mit dem Tablet oder dem Smartphone verbringen. Sonst bestehe die Gefahr, dass die Kinder asozial, dick, einsam, gemobbt, abgestumpft, aggressiv oder Ähnliches würden.

Weil wir das natürlich nicht wollen, nehmen wir die Warnungen ernst. Unnötig, wie nun eine

Denise Jeitiner,
Redaktorin Gesellschaft



Gruppe von Psychologen und Neurowissenschaftlern in einem offenen Brief an den «Guardian» versichert hat: «Eltern hören immer, dass Bildschirme an sich gefährlich sind. Doch dafür gibt es schlicht keine soliden wissenschaftlichen Belege.»

Dass sich das Mantra mit der Bildschirmzeit in unseren Köpfen festgesetzt hat, zeigt einmal mehr, wie sehr wir simplen Faustregeln glauben – und dass wir auf neuere Entwicklungen spontan mit Skepsis und Ablehnung reagieren, statt mal kurz den gesunden Menschenverstand einzuschalten. Es ist ja völlig logisch, dass nicht entscheidend ist, wie lange etwas auf dem

Bildschirm zu sehen ist, sondern was. Fünf Stunden Ballern pro Woche ist nicht dasselbe wie fünf Stunden Städte bauen oder Youtube-Filme schauen. Und natürlich kommt es auch auf das jeweilige Kind an und was es in seiner Freizeit sonst noch unternimmt.

Dass jeder, der regelmässig auf einen Bildschirm schaut, automatisch Schaden nimmt, ist jedenfalls genauso absurd wie die Sache mit den viereckigen Pupillen, die wir als Kinder auch irgendwann durchschauten. Dazu reichte ein gelegentlicher Blick in den Spiegel mit der Erkenntnis, dass die Pupillen noch genauso rund sind wie zuvor.

Gesellschaft — 57